Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
auf die Fragen der
Aktionsgemeinschaft Nachtstromnutzer Karlsruhe

Die vom Bundestag und Bundesrat kürzlich beschlossenen Änderungen des EnEG enthalten Anpassungen an EU-Richtlinien zur Wärmedämmung beim Neubau öffentlicher Gebäude und privaten Wohneigentums. Verstärkt sollen auch Wärmedämmung und Energieeinsparungen im Altbestand erfolgen. Regelungen zur Handhabung des Energiepasses sollen Energieeffizienzmaßnahmen dokumentieren und die Wertsteigerung ersichtlich machen. Außerdem wurde die Aufhebung der Ermächtigungsverfügung zur Ausmusterung der so genannten elektrischen Nachtspeicherheizungen beschlossen. Damit entfällt der § 10 a der EnEV09. Er wird in der neuen EnEV 2014 ersatzlos gestrichen. Dies ist unter den ca. 2 Millionen Betreibern elektrischer Speicherheizungen sehr begrüßt worden.

Fragen zu Energieeinsparverordnung:
1. Werden Sie diesen Beschluss zur Streichung des Ausmusterungsgebotes von elektrischen Speicherheizungen wieder rückgängig machen?
2. Falls ja, auf welche Weise wollen Sie dann die Ausmusterung durchsetzen (der alte § 10 a EnEV09 hat dies ja nicht bewirken können)?

Antwort zu den Fragen 1 – 2:
Die CDU sieht keinen Anlass dafür, die von der Regierungskoalition vorgenommene Streichung des § 10a Energieeinsparverordnung (EnEV09) rückgängig zu machen.

Fragen zur Energiezukunft im Zeichen zunehmend regenerativer Stromerzeugung und den Schwierigkeiten bei der Speicherung von Stromüberschüssen:
3. Wie und wie schnell wollen Sie den weiteren Ausbau regenerativer Stromerzeugung (Photovoltaik, thermische Solaranlagen, Wind, Wasser, Biogas etc.) vorantreiben?
4. Wie wollen Sie dies räumlich koordinieren, um zu verhindern, dass an manchen Orten immer mehr Überschüsse erzeugt werden, die abgeregelt oder sogar mit negativen Preisen vor allem auf Kosten der privaten Stromverbraucher exportiert werden müssen?

Antwort zu den Fragen 3 – 4:
Die Energieversorgung der Zukunft wird vielfältiger. Wir wollen die Vielfalt von Windenergie an Land und auf dem Meer, Sonnen- und Bioenergie, Wasserkraft und

Erdwärme nutzen, sie intelligent miteinander verknüpfen und auf einen gesunden Mix der Energieerzeugungsarten achten. Wir brauchen größere international aufgestellte Energieversorger, die vielen Stadtwerke und private Energieerzeuger wie auch die Wissenschaft gleichermaßen. Deshalb ermuntern wir alle, im Interesse unseres Landes an einem Strang zu ziehen.

Bis das Zusammenspiel von erneuerbaren Energien, Netzen und Speichertechnik in einigen Jahrzehnten unsere Energieversorgung sichern kann, benötigen wir moderne Kohle- und Gaskraftwerke, um Schwankungen bei den erneuerbaren Energien wirksam auszugleichen. Damit das umwelt- und klimaverträglich geschieht, wollen wir den Bau neuer, effizienter Kraftwerke beschleunigen. Dafür wollen wir für Investoren stabile und verlässliche Bedingungen schaffen, damit der Betrieb solcher Reservekapazitäten wirtschaftlich ist.

Wir setzen auf eine engere Abstimmung in der EU und einen weiteren Ausbau des europäischen Stromverbundes. Für den europäischen Stromaustausch brauchen wir genügend und vor allem leistungsfähige Grenzkuppelstellen zwischen den einzelnen Ländern.

5. Wie schätzen Sie die Möglichkeit ein, den zu Zeiten geringer Nachfrage im Überschuss erzeugt en regenerativen Strom, der bis zu negativen preisen an der Strombörse führen kann, an die hierfür geeigneten und mit hohem Wirkungsgrad bei der Umsetzung von Strom in Warme arbeitenden elektrischen Wärmespeicher (Warmwasserbereitung, Speicherheizungen) zu leiten?
6. Wann beginnt für Sie die Zukunft elektrischen Heizens? Alternativ: Welche Laufzeit geben Sie konventionellen Heizungsarten (Öl, Gas, Holz)?
7. Welcher elektrische betriebenen Heizungsart(elektrische Wärmespeicherheizung, elektrische Direktheizung oder Wärmepumpe) geben Sie den Vorzug?
8. Wie wollen Sie vorgehen, wenn in bestimmten Ortslagen bei Neubau oder ggf. Umrüstung im Altbestand weder rechtlich (z. B. Bebauungsplan mit Heizartvorgabe) noch technisch die Möglichkeit einer Umrüstung von elektrischer Speicherheizung auf eine andere Heizungsart (mit z. B. Wasserleitungssystem und Notwendigkeit eines Schornsteins) gegeben ist.

Antwort zu den Fragen 5 – 8:

Der Einsatz der erneuerbaren Energien ist bisher wesentlich davon abhängig, dass die Sonne scheint oder es ausreichend windig ist. Beides ist nicht immer gegeben. Gleichwohl brauchen wir verlässlich zu jeder Tages- und Nachtzeit Strom. Deshalb ist der Erhalt und Ausbau von Speichern von besonderer Bedeutung. Die CDU setzt sich dafür ein, dass bestehende und künftige Speicher wie beispielsweise Pumpspeicherwerke, aber auch Wasserstoff- („Power to Gas“) oder Druckluftspeicher durch geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen wirtschaftlich betrieben werden können. Wir wollen die Entwicklung neuer Speichertechnologien durch Maßnahmen im Rahmen der Hightech-Strategie unterstützen.

Die CDU steht grundsätzlich für Technologieoffenheit. So wird derzeit ein neues Steuerungskonzept für Stromspeicherheizungen mit 50 Teilnehmern in Essen erprobt. Bei viel günstigem Windstrom im Netz wird die Heizung aufgeladen und nimmt Strom ab, wenn wenig Nachfrage besteht. Deshalb haben wir das Nachtspeicherheizungsverbot aufgehoben, um technologische Pilotprojekte anzureizen.

Fragen zum Strompreis:
Das EEG hat zweifelsohne die Entwicklung und den Einsatz regenerativer Energiegewinnung über Erwarten rasch vorangebracht. Die Festlegung der hohen Einspeisevergütung auf 20 Jahre ist angesichts der immer schnelleren Annäherung der Stromgestehungskosten aus Photovoltaik oder Wind an die Strommarktpreise so bestimmt nicht länger gerechtfertigt. Mit der hohen EEG-Abgabe haben die Strompreissteigungen im Jahr 2013 die Grenze der Vertretbarkeit und der Leistbarkeit für sehr viele Stromverbraucher nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten. Der Ruf nach der Strompreisbremse ist laut und die Stellschrauben zum Eingreifen sind genannt worden. Im Parteienstreit und im Streit zwischen Bund und Ländern sind notwendige Maßnahmen zur Preisstabilisierung aber ausgebremst worden. Die neue Regierung wird sich keine Schonzeit für Maßnahmen zum Preisstopp leisten können.
9. Wie wollen Sie das EEG konkret ändern, um das exorbitante Ausufern der EEG-Abgabe zu beenden?

Die Förderung energieintensiver Produktionsunternehmen durch weitgehende Befreiung von der EEG-Abgabe, der Netzentgelte sowie der Offshorehaftung trägt weitestgehend nur der private Stromverbraucher! Längst werden aber auch Betriebe gefördert, die nicht als energieintensiv zu bezeichnen sind und wegen der deutschen Strompreise Wettbewerbsnachteile gegenüber dem Ausland zu befürchten hätten. Hier wird Missbrauch betreiben, in dem der Stromverbrauch künstlich hoch getrieben wird, nur um in den Genuss der Förderung zu kommen oder ihn weiterhin zu erhalten.
10. Welche Möglichkeit der Kostenbegrenzung sehen Sie hier?
11. Wie schätzen Sie das drohende Verfahren der EU gegen diese Art der Wirtschaftsförderung ein?
12. Haben Sie gegebenenfalls eine andere Finanzierung dieser Förderung im Auge?

Die Belastung des Strompreises durch Stromsteuer, Ökosteuer und Mehrwertsteuer hat nicht mehr vertretbare Ausmaße angenommen. Mit steigenden Abgaben wird die Staatskasse zusätzlich über die Mehrwertsteuer gefüllt. Die Nutzung von Strom im Wärmemarkt ist derzeit (Quelle: BDEW 2011) selbst bei negativen Börsenpreisen wirtschaftlich kaum darstellbar, da die Stromsteuer bei 2,0 Ct/kWh die Gassteuer bei nur 0,55 Ct/kWh, die Mehrwertsteuer bei 4,0 Ct/kWh für Strom und bei 0,95 Et/kWh für Gas liegt.
13. Welche Maßnahmen im Steuerbereich sind Sie bereit zu ergreifen, um die Strompreise in den Griff zu bekommen?

Mit der Zunahme regenerativ erzeugter, volatiler Energie wird das Heizen mit Strom zunehmend sauberer und damit ökologisch sehr sinnvoll. Das Fehlen genügender, vor allem auch wirtschaftlicher Speichermöglichkeiten für Überschussstrom, der durch Wind und Sonne auch in Zeiten erzeugt wird, in denen eine geringere Nachfrage besteht, hat die elektrische Wärmespeicherheizung wieder ins Gespräch gebracht. Aufgrund der bereits gegebenen Verfügbarkeit als Wärmespeicher, des hohen Wirkungsgrades und überschaubarer Kosten hat nicht zuletzt auch die Bundesregierung ihre Politik in diesem Punkt geändert und sieht in „Power to heat“ vor „Power to Gas“ eine neue Leitlinie für die Energiezukunft. Der Strompreis ist im Heizungsbereich allerdings besonders stark angestiegen. Er belastet diese Bürgerinnen

und Bürger übermäßig und steht geradezu kontraproduktiv zu dieser Linie. In Verfolgung der zurückliegenden Politik (Ausmusterung der Nachtspeicherheizungen) wurden Steuer (z. B. Streichung des Steuervorteils zum 31.12.2006) und Abgaben für Wärmestrom (NT-Strom) erhöht, so dass der Abgabenanteil beim NT-Strompreis noch höher liegt als der ohnehin schon hohe beim HT-Strom.
14. Sind Sie bereit, diese „Strafgebühr" zurückzunehmen und den Betreibern der zukünftigen Wärmespeicher für den Beitrag zu Stabilisierung des Lastprofils im Netzwerk eine Kostenentlastung zu leisten?

Antwort zu den Fragen 9 bis 14:
Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat den Ausbau regenerativer Energien beschleunigt und Deutschland hierbei eine Spitzenposition gesichert. Nach der rasanten Entwicklung in den letzten Jahren ist es wichtig, die nächsten Schritte eng mit dem beschleunigten Ausbau der Stromnetze und den anderen Energieträgern zu verzahnen: Ein geschicktes Ineinandergreifen unterschiedlicher Elemente und Energieträger stabilisiert die Versorgung und entlastet die Verbraucher von Kosten. Dazu wollen wir das EEG weiterentwickeln. Unser Ziel sind verlässliche Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren, die Sicherheit für Investitionen und Planungen schaffen. Vor diesem Hintergrund werden wir keine rückwirkenden Eingriffe in bestehende Anlagen vornehmen. Nach der bisherigen Anschubfinanzierung muss es jetzt darum gehen, wettbewerbsfähige Preise für erneuerbare Energien zu erreichen, damit sie sich ohne staatliche Hilfen am Markt behaupten können. Zugleich sollen sie mehr Verantwortung für eine stabile Stromversorgung übernehmen.

Die Energiewende ist eine langfristige Aufgabe und mit großen finanziellen Anstrengungen verbunden. Wir wollen sie volkswirtschaftlich verantwortbar umsetzen. Unser Ziel ist, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt. Bezahlbare Energie ist dafür besonders wichtig, gerade für energieintensive Industrien im Wettbewerb mit ausländischer Konkurrenz. Fast eine Millionen Beschäftigte und deren Familien wären die Verlierer, wenn ihre Betriebe im internationalen Wettbewerb nicht bestehen könnten. Deshalb wollen wir diese Unternehmen auch künftig zielgenau entlasten, um Nachteile durch unterschiedliche internationale Rahmenbedingungen bei Steuern und Abgaben auszugleichen.